

# Infodienst Gentechnik

## Kritische Nachrichten zur Gentechnik in der Landwirtschaft



Felix Prinz zu Löwenstein (Foto: BÖLW)

### „Anbau von Gentechnikpflanzen ist volkswirtschaftlich unsinnig“

Veröffentlicht am: 02.04.2014

Bis Freitag tagen die Agrarminister der Bundesländer in Cottbus. Dabei geht es auch um nationale Anbauverbote für gentechnisch veränderte Pflanzen: soll sich Deutschland auf EU-Ebene dafür einsetzen – und wenn ja, welche Details sind wichtig? Neu erfunden werden müssten sie nicht, meint Felix Prinz zu Löwenstein, der Vorsitzende des Bund Ökologische

Lebensmittelwirtschaft (BÖLW). Man könne sich an einem Beschluss des EU-Parlaments orientieren. Ein Anbau von Gentechnik-Pflanzen könne jedenfalls hohe Kosten für die Gesellschaft verursachen.

„Der Anbau von Gentechnikpflanzen in Deutschland ist volkswirtschaftlich unsinnig, da die hohen Kosten für die Absicherung der Wahlfreiheit eventuelle ökonomische Vorteile einzelner Anbauer und Inverkehrbringer von GVO bei weitem übersteigen“, so Löwenstein in einer Pressemitteilung. Die Bundesregierung müsse Bauern, Verarbeiter und Handel durch ein bundesweites Verbot von Gentechnik auf dem Acker schützen. „Gentechnikfreiheit ist für die mittelständische Land- und Lebensmittelwirtschaft ein Standortvorteil“, betont der BÖLW-Vorsitzende.

Er empfiehlt, einen vom EU-Parlament 2011 verabschiedeten Bericht zur Grundlage zu nehmen. Damit könnten wasserdichte Gentechnik-Anbauverbote in den Mitgliedsstaaten erreicht werden. Gleichzeitig würde die Risikoforschung gestärkt, da Konzerne wie Monsanto und Bayer auch ihre patentgeschützten Gentechnik-Pflanzen für unabhängige Kontrollen zur Verfügung stellen müssten. Momentan beruht die Zulassung solcher Pflanzen meist auf Studien der Industrie.

Debattiert wird auf EU-Ebene zurzeit allerdings ein anderer Entwurf. Er stammt von der Kommission und wurde, nach dem er mehrere Jahre auf Eis gelegen hatte, von der griechischen Ratspräsidentschaft überarbeitet. Er soll den Mitgliedsstaaten mehr Optionen für Anbauverbote geben – allerdings befürchten Umweltverbände, dass sie durch Klagen der Konzerne wieder ausgehebelt werden könnten. Außerdem kritisieren sie, ebenso wie einige Bundesländer und die Regierungen Frankreichs und Belgiens, dass zunächst direkt mit den Gentechnik-Unternehmen verhandelt werden soll, bevor ein Verbot ausgesprochen werden darf.

Hier müsse die Bundesregierung in den Gesprächen in Brüssel auf Verbesserungen drängen, fordert Löwenstein. „Im Interesse der Verbraucher, die gentechnisch veränderten Organismen (GVO) in Lebensmitteln ablehnen und unserer Unternehmen, die verpflichtet sind ohne GVO zu arbeiten, erwarten wir von der Bundesregierung, dass sie endlich ein praxistaugliches Konzept für die Anbauverbote vorlegt.“ [dh]

Links zu diesem Artikel

- [BÖLW PM: Gentechnik-Anbauverbote sichern Land- und Lebensmittelwirtschaft wichtigen Standortvorteil \(02.04.14\)](#)
- [Dossier: Opt-Out: Debatte um Änderung des EU-Gentechnikrechts und nationale Anbauverbote](#)
- [Dossier zum Pioneer-Mais 1507](#)
- [Dossier: Die EFSA - Probleme mit der Risikoprüfung von Gentechnik](#)

